

**Steuer-
erklärungen**Schnell und zuverlässig.
Kosten nach Offerte.Durch erfahrenen
Steuerkommissär.Urs Moser
Zürich
Telefon 079 352 92 16

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

PLÄDOYER FÜR EIN TAUGLICHES «GESAMTSYSTEM ARMEE»

100 000 Soldaten, 22 Gripen, 5 Milliarden Franken

Kürzlich ist das «kleine Wunder von Bern» geschehen: Der Nationalrat hat bekanntlich mit 99:66 Stimmen beschlossen, dass das Verteidigungsdepartement zur Erfüllung seines Sicherheits-Auftrags künftig jährlich fünf Milliarden Franken bekommen soll. Entgegen dem ursprünglichen Parlamentsbeschluss vom September 2011 hatte der Bundesrat das Armeebudget im Frühjahr 2012 verfassungswidrig um 300 Millionen auf 4,7 Milliarden Franken reduziert. Nur wenn auch der Ständerat in der Sommersession auf den 5 Milliarden beharrt, kann die Armee ihren Sicherheitsauftrag zufriedenstellend erfüllen. Die zwingende Minimal-Formel dafür lautet: 100 000 Miliz-Soldaten, 22 Gripen-Kampfflugzeuge, 5 Milliarden Franken pro Jahr – sowie Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht. Alles andere ist untaugliches, leeres Geschwätz.



HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

An einem besonders heissen Sommertag, am 21. Juli 1969 – gleichentags ist Neil Armstrong auf dem Mond gelandet – bin ich mit vielen Kollegen in die Motorisierte-Infanterie-RS in Bière/VD eingedrückt. Ob es auch ein paar Begeisterte darunter hatte, weiss ich nicht mehr. Aber eines weiss ich: Hätte uns jemand im legendären Morges-Apples-Bière-Bähnli mit den Holzsplitter-Bänken gesagt «Wer will, der kann wieder nach Hause fahren, der Militärdienst ist ab sofort freiwillig», so hätten mit Sicherheit 90 Prozent (ich inklusive) rechtsumkehrt gemacht. Weil das Militär für uns aber eine selbstverständliche Pflicht war, habe ich schliesslich insgesamt rund 1400 Diensttage geleistet. Ich habe dabei sehr viel profitiert (auch wenn man es vielleicht nicht immer merkt), ich habe das Welschland gut kennen und schätzen gelernt und viele Freunde gewonnen.

Verfassungsmässige allgemeine Wehrpflicht

Darum mag ich das dumme Geschwätz von der sogenannten «freiwilligen Miliz» oder von einer Schweizer Berufsarmee nicht mehr hören. Denn unsere verfassungsmässige allgemeine Wehrpflicht, die untrennbar verbunden ist mit dem schweizerischen Milizsystem, verlangt, dass jeder Schweizer in der Ar-

mee seinen Beitrag für die Sicherheit und die Unversehrtheit unseres Landes leistet. Es geht darum, unsere Bevölkerung, unsere Familien, unsere Heimat, unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit, unsere Volksrechte und die sozialen Errungenschaften zu schützen und zu verteidigen. Und dies nötigenfalls unter Einsatz des eigenen Lebens.

Bürger in Uniform

Der Bürger in Uniform muss seinen Dienst bei unsicheren Lagen unterhalb der Kriegsschwelle (Schutz der Infrastruktur bei Terrorgefahr; im Katastrophenfall) und natürlich im Kriegsfall (Verteidigung) leisten, wenn die Armee als letztes Mittel zum Einsatz kommt. Die Wehrpflicht aufheben hiesse, unser Land der Wehr- und Schutzlosigkeit preiszugeben. Eine Freiwilligenarmee würde uns zudem Rekrutierungsprobleme oder vor allem Waffennarren und Rambos beschere. Eine Aussage von General Nash, dem seinerzeitigen Oberkommandierenden der internationalen Truppen in Bosnien/Herzegowina ist mir unvergesslich geblieben. Er hatte vernommen, dass man auch in der Schweiz über eine Freiwilligen- bzw. Berufsarmee diskutiert und fragte uns: „Aber wo wollen Sie denn die Soldaten rekrutieren, Sie haben ja gar keine Slums?“

Um die immer noch vorhandenen Mängel in der Armee (Logistik, Ausrüstung des Wehrmannes, Unterhalt von Kasernen und Einrichtungen, Beschaffung von Waffensystemen) auch nur einigermaßen zu beheben und

gleichzeitig das «Dach» mit dem Gripen zu ergänzen und zu erneuern, sind die erwähnten 5 Milliarden Franken pro Jahr ein absolutes Muss. Schon mit diesem Betrag muss die Zitrone massiv ausgepresst werden – mit der Schliessung von militärischen Standorten und Flugplätzen und dem Verlust von gegen tausend Arbeitsplätzen. Sollte sich die bundesrätliche Variante mit bloss 4,7 Milliarden Franken durchsetzen, so ginge es definitiv ans «Eingemachte». Dringende Rüstungsgüter könnten nicht mehr beschafft werden. Die Armee wäre nicht mehr einsatzfähig und könnte ihren Auftrag zu wesentlichen Teilen nicht mehr erfüllen.

Gripen: Tauglich und massgeschneidert

Mit bloss 4,7 Milliarden Franken wird auch die dringend nötige Beschaffung des Gripen verunmöglicht – es sei denn, die «übrige Armee» (Bodentruppen) würde in unverantwortlicher Weise ausgehungert. Und das dürfen wir uns nicht leisten! Der Gripen – davon habe ich mich nach einjähriger Arbeit in der entsprechenden Subkommission überzeugen lassen – ist ein taugliches und quasi massgeschneidertes und auch noch bezahlbares Kampfflugzeug für unser Land. Es ist von den geprüften Varianten das Flugzeug mit dem besten Nutzen/Kosten-Verhältnis. Und einmalig bei einer solchen Beschaffung: Unser Rahmenvertragspartner ist der schwedische Staat. Soeben ist nun auch im Bereich der sogenannten Offset-Geschäfte (für die Schweizer Industrie werden Ge-

geschäfte in der Höhe von 100 Prozent des Gripen-Vertragswertes von 3,126 Mrd. Franken gesichert) bestätigt worden, dass der Saab-Konzern zusätzlich den Entscheid getroffen hat, Schweizer Unternehmen mit der Entwicklung, Produktion und Montage wesentlicher Komponenten des Gripen einschliesslich des Rumpfhecks, zu beauftragen.

Fazit: Wir brauchen ein taugliches «Gesamtsystem Armee» nach der For-

mel «100 000 Soldaten/22 Gripen/5 Milliarden Franken» und mit allgemeiner Wehrpflicht. Die Sicherheit unseres Landes muss uns diesen Preis wert sein. Im Vergleich zu andern Ausgabenposten (über 4 Milliarden pro Jahr für die Entwicklungshilfe, 3 Milliarden pro Jahr für das Asylwesen) ist dieser Preis sogar bescheiden.

Hans Fehr ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission.

Referendum «Nein zur 100-Franken-Autobahnvignette» lanciert

Der Bundesrat und eine Mehrheit von National- und Ständerat wollen die Autobahnvignette ab 2015 von heute Fr. 40.– auf Fr. 100.– verteuern. Dies entspricht einer Erhöhung von 150 Prozent. Der unverhältnismässige Aufschlag ist völlig unnötig, deckt der Privatverkehr heute seine Kosten zu mehr als hundert Prozent. Ein Komitee sagt Nein zu immer mehr Abgaben, Gebühren und Steuern auf dem Buckel des Privatverkehrs und startet heute ein Referendum.



Weitere Informationen über das Referendum finden Sie auf Seite 5 und unter www.referendum-autobahnvignette.ch.

IHR PARTNER
FÜR GUTE
MALERARBEITEN

Ernst Rösli • Zollikerberg
Telefon 044 391 70 88
Mobile 079 217 99 09
roesli@swissonline.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Präsentieren Sie
Ihre Werbung
bei der
Leserschaft von
«Der Zürcher Bote»
im besten Licht.

Also hier!

print-ad kretz gmbh
Tramstrasse 11
8708 Männedorf
Telefon 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

MECACRYL

**PLEXIGLAS
aus Pfäffikon ZH**

für Industrie, Gewerbe und privat

- Top-Zuschnittservice
- Plexiglas-Handwerk
- Thermoverformung

MECACRYL GmbH
H. Hablützel

Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

IMBACH

Wanderreisen in kleinen
Gruppen oder individuell

Bestellen Sie den neuen Katalog bei:
Imbach Reisen, 6000 Luzern
Tel 041 418 00 00, info@imbach.ch
www.imbach.ch

Schweizer Armee zum Geniessen



VON CHRISTOPH MÖRGELE

Den einzigen wirklichen Titelskandal der letzten Woche hat die «Sonntagszeitung» aufgedeckt: Divisionär Hans-Peter Kellerhals führte auf der Armee-Website den Titel lic. iur. Schon als er Chef der Territorialregion 4 wurde, schrieb das Verteidigungsdepartement, Kellerhals habe «an der Universität Basel Rechts- und Wirtschaftswissenschaften studiert». Mit der Falschtitelkonfrontation, schob der Berufsoffizier die Verantwortung an einen unterstellten Milizoffizier weiter. Kellerhals habe die Website weder veranlasst noch autorisiert.

Somit verkündete die «Sonntagszeitung»: «Armee schmückt Divisionär mit falschem Titel». Nicht Kellerhals sei demnach verantwortlich für den Titelschwindel, sondern die Armee. Dieser Anschuldigung muss Armeechef Blattmann nachgehen. Er wird im Personaldossier von Hans-Peter Kellerhals herausfinden, ob er den Titel lic. iur. tatsächlich weder innerhalb noch ausserhalb der Armee oder bei Bewerbungsverfahren verwendet hat. Falls doch, droht dem falschen VBS-Lizenziaten dasselbe Schicksal wie dem falschen VBS-Doktor Tiziano Sudaro.

Das lic. iur. wurde von Divisionär Kellerhals mittlerweile in «cand. iur.» verschlimmbessert. Der 56-Jährige macht sich damit zum lebenslangen juristischen Kandidaten. Hier sind wir beim Kern des Problems: Eine Armeekarriere zur Spitze benötigt heute Titelchen, Bluff, Anbiederung, Networking, mediale Selbstdarstellung und politische Beziehungspflege. Einst wollten die preussischen Berufsoffiziere «mehr sein als scheinen». Heute wollen die Schweizer Berufsoffiziere mehr scheinen als sein. Doch wer mag vor Schaumschlägern noch strammstehen?

Kellerhals besuchte einen MBA-Kurs («Ich baue hier ein Netzwerk auf») und erlernte Marketing als «Bezug zu meiner beruflichen Tätigkeit». Bei einer Truppenübung liess er 1800 Packungen Militärbiskuits verteilen und ein gewaltiges Defilee veranstalten. Brot und Spiele. In der Brigade Kellerhals durften die Kantone «Power Awards» verteilen. Die Zürcher Regierung teilte dem Bund ihre Beförderungspräferenz mit: Hans-Peter Kellerhals. Bern war beglückt. Denn schon als Schulkommandant in Thun liess Kellerhals eine grosse Doku-Soap durch das Schweizer Fernsehen abdrehen. Als zwei Kamerateams einen Rekruten umkreisten, flüsterte Kellerhals: «Er scheint es richtig zu geniessen.»

RÜCKBLICK AUF DIE FRÜHLINGSSESSION

Der Fokus soll auch in Zukunft auf das Eigentum gerichtet sein

Die Einbürgerung verleiht Ausländern den Zugang zu umfassenden politischen Rechten in der Schweiz. Bei der Debatte fiel auf, dass auch aus den benachbarten bürgerlichen Reihen kritische Bedenken zu vernehmen waren. So sagte der CVP-Tessiner Marco Romano, die Einbürgerung sei nicht ein Mittel zur Integration. Beim Thema Eigenmietwert soll am Ball geblieben werden – nicht zuletzt wird dies durch meine Motion erreicht.



HANS EGLOFF
NATIONALRAT SVP
AESCH ZH

Unterstützung für SVP-Fraktion

Wer keine Niederlassungsbewilligung hat, soll in der Schweiz nicht mehr eingebürgert werden können. So hat der Nationalrat bei der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes als Erstrat entschieden. Ebenfalls erfüllt wurde eine Motion für Rechtsgrundlagen, die es den Einbürgerungsbehörden ermöglichen, auf alle zur Verfügung stehenden Informationen zuzugreifen und die gegenseitige Amtshilfe zu verbessern.

SP und Grüne wehrten sich mit Justizministerin Simonetta Sommaruga vergeblich gegen diese Anliegen der bürgerlichen Mehrheit. Die Bundesrätin kündigte sogar an, der Bundesrat plane als Reaktion, im Ausländergesetz einen Rechtsanspruch auf die Niederlassungsbewilligung zu verankern. Der Bundesrat wollte auch die Mindestaufenthaltsdauer für die Einbürgerung von heute zwölf auf acht Jahre senken. Der Nationalrat beschloss, den Schweizer Pass könne nur beantragen können, wer zehn Jahre in der Schweiz gelebt habe.

Gegen den Willen des Bundesrates und der Linken erhöhte der Rat ferner die Hürden für Jugendliche. Heute werden die «Schweizer Jahre» zwischen dem zehnten und dem zwanzigsten Lebensjahr bei der Berechnung der Aufenthaltsdauer doppelt gezählt.

Abfuhr für Energiewende-Illusionen

Der Nationalrat hat die Cleantech-Initiative der SP mit der Empfehlung «verwerfen» zu Händen der Stimmbürgerschaft verabschiedet. Das Begehren verlangt, dass bis 2030 die Hälfte des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien stammen müsse. Der Bund habe die Versorgung sicherzustellen und erneuerbare Energien zu

fördern. Geräte, Anlagen und Fahrzeuge sollten nur noch auf dem modernsten Technologiestand zugelassen werden.

Für die bürgerliche Ratsmehrheit war – neben grundsätzlichen Bedenken gegen eine Subventionierung einer einzigen Industriebranche – der viel zu ehrgeizige Zeitplan der Initiative inakzeptabel. Denn das würde die Energie verteuern, die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigen und Arbeitsplätze gefährden. Die Vorlage liegt nun beim Ständerat.

Eigenmietwert bleibt Traktandum

Mit folgender Motion, die ich am 14. März 2013 im Nationalrat einreichte, ist dafür gesorgt, dass das Thema «Eigenmietwert» auch nach der Ablehnung der Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» auf der bundespolitischen Traktandenliste bleibt:

«Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass Eigentümer von selbstgenutztem Wohneigentum oder Inhaber eines unentgeltlichen Nutzungsrechts für den Eigengebrauch im Laufe der Gebrauchsdauer das einmalige Wahlrecht haben, sich dafür zu entscheiden, dass der Eigengebrauch der Liegenschaft am Wohnsitz nicht der Einkommenssteuer unterliegt. Ändern sich die Verhältnisse (z. B. Verkauf des Eigenheims unter Ersatzbeschaffung) kann das Wahlrecht neu ausgeübt werden. Wird das Wahlrecht ausgeübt, können die privaten Schuldzinsen nur noch bis zur Höhe der steuerbaren Vermögenserträge abgezogen werden. Versicherungsprämien und die Kosten der Verwaltung sind nicht mehr vom steuerbaren Einkommen abziehbar. Die effektiven Unterhaltskosten sowie die Kosten der Instandstellung von neu erworbenen Liegenschaften können bis zu einem Maximalbetrag von 4000 Franken beziehungsweise bis zu einem vom Kanton zu bestimmenden Maximalbetrag jährlich abgezogen werden. Dieser Betrag ist periodisch der Teuerung anzupassen. Die Kosten für Massnahmen, welche dem Ener-

giesparen, dem Umweltschutz und der Denkmalpflege dienen, können im heutigen Umfang vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden.»

Wohneigentumsförderung ist Verfassungsauftrag

Weshalb dieser Vorstoss? Das knappe Abstimmungsresultat zur Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» hat gezeigt, dass die Unzufriedenheit über das geltende System der Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums (Eigenmietwert) weit verbreitet ist.

Ein genereller Systemwechsel ist keine sachgerechte Lösung, da damit unweigerlich eine Umverteilung zwischen verschiedenen Eigentümerkategorien erfolgt. Bestraft würden jene Haushalte, die sich eine Rückzahlung ihrer Hypothek nicht leisten können. Dies widerspricht dem verfassungsrechtlichen Gebot der Wohneigentumsförderung sowie der Gleichbehandlung. Zudem wäre für Tourismuskantone eine Kompensation des Ausfalls der Eigenmietwertbesteuerung von Zweitwohnungen erforderlich.

Meine Motion berücksichtigt die im Abstimmungskampf vorgebrachte Kritik und sieht das Wahlrecht für alle Wohneigentümer vor (statt nur für Pensionäre). Damit werden alle Eigentümer, die ihr Eigentum als Wohnsitz nutzen, gleich behandelt. Wahlrechte sind bereits im geltenden Steuerrecht verbreitet, so bei den direkten Steuern oder im Mehrwertsteuerrecht, ohne dass dies zu Schwierigkeiten führen oder als unzulässig erachtet würde.

Gegen Publikation der Grundstückspreise

Mit einer Parlamentarischen Initiative versuchte die SP-Fraktion, «Transparenz auf dem Grundstücksmarkt» herzustellen. Im Zivilgesetzbuch (ZGB) sollte vorgeschrieben werden: «Die Kantone sorgen für Preistransparenz auf dem Bodenmarkt. Sie veröffentlichen zu diesem Zweck im Fall einer Handänderung den für das Grundstück bezahlten Preis.» Es liege im Interesse

eines funktionierenden Marktes und der «Eindämmung der Immobilienspekulationen wie auch der Bekämpfung der Geldwäscherei», hier mehr Transparenz zu schaffen.

Der Vorstoss fiel mit Pauken und Trompeten durch. Schon heute haben die Kantone die Möglichkeit, Handänderungen zu publizieren, und zwar mit oder ohne Preisangaben. Aus föderalistischen Gründen sollten die Kantone weiterhin über ihre Praxis selber entscheiden können. Für die Kommissionsmehrheit war auch unstritten, ob eine Publikation der Preise die Immobilienspekulationen tatsächlich dämpfen könnte. Es sei sehr wohl möglich, dass Preistransparenz die Grundstückpreise im Gegenteil in die Höhe treibe.

Keine Massnahmen im Wohnungswesen

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Nationalrats wollte den Bundesrat ersuchen, «flankierende Massnahmen im Wohnungssektor in Bezug auf die negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit zu prüfen». Dieses Anliegen fand im Ratsplenum leider eine Mehrheit.

Aufgrund der Erfahrungen mit dem Wohnungsmarkt weiss man, dass die meisten Eingriffe im Bereich des Mietrechts schädliche «Nebenwirkungen» hatten und keine Besserung brachten. Dies, weil solche Aktivitäten private Investitionen in den Wohnungsbau abschrecken, was zu einem Rückgang der Wohnbautätigkeit führt. Zudem ist der Mieterschutz bereits genügend stark reglementiert.

Eine zusätzliche Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist auch nach Überzeugung des Hauseigentümer-Verbandes Schweiz (HEV) unnötig. Investitionen in den Wohnungsbau sollten grundsätzlich nicht durch Auflagen, sondern durch gute Investitionsbedingungen gefördert werden. Dazu gehört eine massvolle Liberalisierung der Bau- und Zonenordnungen.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Fragwürdiges Schaulaufen der Gewerkschaften

IG Freiheit. Wer die geltenden gesetzlichen Regelungen für Tankstellen-Shops anschaut, schüttelt den Kopf. Gemäss Arbeitsgesetz dürfen während 24 Stunden Angestellte beschäftigt werden, wenn diese Benzin, Autozubehör oder Kioskartikel verkaufen. Andere Artikel, welche die Verwaltung nicht dem Kiosksortiment zurechnet, dürfen hingegen von 1 bis 5 Uhr morgens nicht verkauft werden. Während dieser Zeit müssen entsprechende Kühlschränke verriegelt bzw. Regale abgedeckt werden. Die Definition, welche Artikel das Verbot betrifft, ist höchst willkürlich.

Die Revision des Arbeitsgesetzes will sicherstellen, dass in Tankstellen-Shops an Autobahnraststätten sowie an stark befahrenen Hauptverkehrswegen die Kundschaft durchgehend und mit dem gesamten Sortiment bedient werden kann. Dies unter der Voraussetzung, dass der entsprechende Shop überhaupt geöffnet ist. Darauf wiederum hat das Arbeitsgesetz keinen Einfluss: Die Regelung der Ladenöffnungszeiten steht in der Kompetenz der Kantone. Niemand muss wegen dieser Vorlage länger arbeiten, es geht alleine um das Produktangebot. Hingegen werden die Tankstellen-Shops von Bürokratie entlastet.

Diese Woche haben die Gewerkschaften das Referendum eingereicht. Die IG Freiheit wird sich im Abstimmungskampf überzeugt für die Vorlage einsetzen. Es ist unverständlich, dass die Gewerkschaften den Verlust von Arbeitsplätzen in Kauf nehmen wollen.

Einführung eines Registers für Sexual- und Gewaltstraftäter

Der Bundesrat wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen für ein nationales Register von verurteilten Tätern zu schaffen, die wegen eines Sexual- oder Gewaltdelikts an Kindern unter 16 Jahren verurteilt worden sind. Diese Verschärfung verlangt Nationalrätin Natalie Rickli (SVP, Winterthur) mit einer Motion.

Der Nationalrat hatte bereits zweimal ähnlichen Vorstössen 08.3033 (Motion Rickli, Schaffung eines nationalen Registers für vorbestrafte Pädophile) und 09.423 (Pa. Iv. Rickli, Register für Pädophile, Sexual- und schwere Gewaltstraftäter) zugestimmt. Der Ständerat wie auch der Bundesrat haben leider beide Vorstösse abgelehnt.

Es hat sich leider nichts verbessert. Noch immer gibt es viele Wiederholungstäter; die meisten Fälle werden nicht publik. Jene, die publik werden, sind besonders schockierend. Zu erwähnen sind zwei Fälle aus dem Kanton Bern: 2011 wurde bekannt, dass ein Heimmitarbeiter 120 Opfer missbraucht hat. Letzte Woche wurde publik, dass sich ein Schulsozialarbeiter in den letzten 16 Jahren an über 20 Kindern vergangen hat.

Es ist zu verhindern, dass solche Täter jemals wieder mit Kindern arbeiten dürfen – weder im Beruf noch in der Freizeit. Bald kann das Schweizer Volk über die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» abstimmen. Bei einem Volks-Ja wird die Schaffung eines ent-

sprechenden Registers unumgänglich. Der Bundesrat hat einige gute Ideen präsentiert für ein Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverbot, allerdings sind diese nicht zu Ende gedacht. Der Zugang auf das Strafregister Vostra und die Fahndungsdatenbank Viclas reichen nicht aus, zumal die Straftaten im Strafregister nach einiger Zeit gelöscht werden. Die Daten in dem hier geforderten Register sollen nicht mehr gelöscht werden. Neben Straftaten sollen auch Wohn- und Arbeitsort sowie Fotos der verurteilten Person enthalten sein.

Nach den erwähnten Missbrauchsfällen diskutieren die Schulen über eine Erweiterung der sog. «Schwarzen Liste» und auch Heime, Vereine und die katholische Kirche diskutieren über ein Register. Es macht viel mehr Sinn, wenn der Bund ein einziges Register zur Verfügung stellt und die Institutionen, die mit Kindern zu tun haben, unkompliziert Auskunft von den Behörden erhalten. Das Register soll nicht öffentlich sein, aber Opferschutz soll künftig vor Daten-/Täterschutz gehen!

Weitere Zunahme der Entwicklungshilfe

Die Schweiz wendete 2012 für die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) 2,833 Milliarden Franken auf. Dies entspricht einer weiteren Zunahme von 4,7 Prozent gegenüber 2011. Bereits zuvor war die öffentliche Entwicklungshilfe in zehn Jahren um nicht weniger als 87 Prozent angewachsen!

Die SVP war bereit, jährlich maximal 2,4 Milliarden – also 9,6 Milliarden über vier Jahre – zu sprechen, was dem Stand von 2010 entsprechen würde. Vor einem Jahr jedoch hatte das Parlament gegen die Stimmen der SVP entschieden, die Mittel der Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Damit, so der Bundesrat, positioniere sich die Schweiz im Mittelfeld unter den OECD-Ländern. Die SVP wird solche Ausgabenerhöhungen weiterhin bekämpfen. Zudem haben die Empfängerländer wegen des starken Frankens sowieso schon einen Mehrwert.

Der Bundesrat hingegen setzt sich über die Parlamentsbeschlüsse hinweg. Am 27. Februar 2013 hat der Bundesrat Stellung zu den Empfehlungen des Uno-Menschenrechtsrates genommen.

Unter Punkt 123.84 steht: «Die Entwicklungshilfe ... auf 0,7 Prozent des BIP anheben.» Die «Position der Schweiz» dazu lautet «Angenommen», wie SVP-Fraktionspräsident Adrian Amstutz (SVP/BE) in der Fragestunde des Nationalrats feststellte.

WENN DIE DEMOKRATIE NICHT ERNST GENOMMEN WIRD

Anfragen von Kantonsräten bleiben regelmässig unbeantwortet

Die Finanzdirektorin des Kantons Zürich liess zwei Dringliche Parlamentarische Anfragen grösstenteils unbeantwortet. Werden Anfragen nicht oder unvollständig beantwortet, so schwindet das Vertrauen in die Exekutive.



H.-P. AMREIN
KANTONSRAT SVP
KÜSNACHT

Anlässlich der Pressekonferenz zur besonderen finanzrechtlichen Regelung der BVK-Sanierung stellte die Finanzdirektorin des Kantons Zürich, Frau Regierungsrat Ursula Gut-Winterberger, die Behauptung auf, ein sehr grosser Teil der Ausgaben des Kantons sei «gebunden» (vgl. Kasten).

Dringliche Anfrage von SVP, GLP und BDP

Drei Kantonsräte von SVP, GLP und BDP reichten darauf eine von 71 Ratsmitgliedern unterschriebene Anfrage ein (KR-Nr.15/2013, Dringliche Anfrage Amrein, Scherrer, Brazerol: Gebundene Ausgaben im Budget 2013 des Kantons Zürich und Definition «Gebundenheit») und baten den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie lautet die Definition des Regierungsrates von «gebundenen Ausgaben» und wie lautet die regie-

rungsrechtliche Definition von «gesetzlichen Verpflichtungen»?
2. Auf welchen Betrag belaufen sich die gemäss Definition und Auffassung des Regierungsrates «gebundenen Ausgaben» pro Leistungsgruppe im Budget 2013 und auf welchen Betrag belaufen sich die «gesetzlichen Verpflichtungen» pro Leistungsgruppe im Budget 2013?

Gebundene Ausgaben und gesetzliche Verpflichtungen

Die Finanzdirektorin bezog sich in ihrer Antwort auf Frage 1 der Dringlichen Anfrage betreffend Definition von gebundenen Ausgaben auf drei Artikel im Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) und auf zwei Artikel des Staatsbeitragsgesetzes. Zudem bezog sie sich auf ein Bundesgerichtsurteil (vgl. Kasten).

Nur lapidar liess Frau Regierungsrat Gut zur Frage betreffend Definition von gesetzlichen Verpflichtungen verlauten: Eine «gesetzliche Verpflichtung» könne im hier massgebenden Zusammenhang eine Verpflichtung zur Tätigkeit einer Ausgabe sein oder eine Verpflichtung, eine staatliche

Aufgabe zu erfüllen. Als Exekutive sei der Regierungsrat in erster Linie zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben verpflichtet. In der Regel bedinge der Vollzug staatlicher Aufgaben Ausgaben. Ob es sich dabei um gebundene Ausgaben handle, sei im Einzelfall gemäss den Ausführungen zu Artikel 37 CRG zu entscheiden.

«Kannitverstan»

Auf Frage 2 der Dringlichen Anfrage ging die Finanzdirektorin erst gar nicht ein und begründete dies wie folgt: Die verlangten Zahlen werden bei der Erstellung des Budgets nicht ermittelt und liegen deshalb auch nicht vor. Mittels einer zweiten Dringlichen Anfrage doppelten die gleichen Kantonsräte aus SVP, GLP und BDP nach (KR-Nr. 56/2013, Dringliche Anfrage Amrein, Scherrer, Brazerol: Anteil gebundener Ausgaben pro Leistungsgruppe im Budget 2013).

Leider erhielten sie wieder keine befriedigende Antwort, dafür auf zwei Seiten Kleingedrucktes, welches als wissentliches und willentliches finanzdirektorales «Kannitverstan» bezeichnet werden muss.

Fazit

«Die Demokratie lebt davon, dass sie viele Hüter hat.» (Johannes Gross, 1932–1999)

Die Finanzdirektorin des Kantons Zürich kann in schon fast diktatorischer Manier Anfragen aus dem Parlament grösstenteils unbeantwortet lassen.

Damit bleibt die unhaltbare Feststellung weiter im Raum stehen, sie, die Finanzdirektorin, habe bei der Budgetierung praktisch keinen Spielraum.

Ausgedeutet will das heissen, die Regierungsrätin ist nicht bereit, eine Reduktion des Jahr für Jahr unverantwortlich und überproportional steigenden Aufwandes anzugehen.

Besonders betrüblich stimmt jedoch auch, dass der Regierungsrat zum wiederholten Male (vgl. Anfragen KR. 297/2011, Einparteiförderung der Zürcher Handelskammer und KR. 27/2012, Transparenz bei der BVK) keine oder nur ausweichende Antworten auf Anfragen erteilt und damit den einfachsten und, wenn von der Exekutive ernst genommen, effektiven parlamentarischen Vorstoss der Anfrage missachtet.

Dagegen «mit dem Zaunpfahl zu winken» und mittels Bezugnahme auf das Kantonsratsgesetz (LS 171.1), Artikel 33 (5. Interpellation und Anfrage, Verweigerung der Antwort), den Gesamt-Kantonsrat anzurufen, widerspricht den Grundsätzen politischen Wirkens des Schreibenden.

Was sind gebundene Ausgaben?

Gesetz über Controlling und Rechnungslegung des Kantons Zürich (CRG, LS 611);

Artikel 34: Als Ausgabe im finanzrechtlichen Sinn gilt die Verwendung von Finanzvermögen zur Erfüllung öffentlicher Ausgaben;
Artikel 37, Absatz 1: Eine Ausgabe gilt als neu, wenn hinsichtlich ihrer Höhe, des Zeitpunktes ihrer Vornahme oder anderer wesentlicher Umstände eine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit besteht;
Artikel 37, Absatz 2: Eine Ausgabe gilt als gebunden, wenn sie a. zur Erfüllung von gesetzlich vorgeschriebenen Verwaltungsaufgaben zwingend erforderlich ist und namentlich der Beschaffung und Erneuerung der für die Verwaltungstätigkeit erforderlichen personellen und sachlichen Mittel dient, b. zur Erhaltung und zeitgemässen Ausstattung der vorhandenen Bausubstanz nötig ist, c. für Mietverträge erforderlich ist, die zwecks Erfüllung staatlicher Aufgaben abgeschlossen werden; vorbehalten bleiben Finanzleasinggeschäfte, d. die Planungs- und Projektierungskosten zur Vorbereitung eines Vorhabens betrifft.

Staatsbeitragsgesetz (LS 132.2);

Artikel 3, Absatz 2: Subventionen gelten als gebundene Ausgaben wenn a. durch Gesetz der Subventionszweck und der Höchstsatz festgelegt sind, b. sie aus einem im Gesetz vorgesehenen Rahmenkredit geleistet werden, c. das Gesetz die Bewilligung durch einen Voranschlagskredit vorsieht und Zusage, Abwicklung und Auszahlung im gleichen Rechnungsjahr erfolgen.

Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung (BGE 125 I 91) gelten Ausgaben als gebunden (und unterliegen damit nicht der Volksabstimmung), «... wenn sie durch einen Rechtssatz prinzipiell und dem Umfang nach vorgeschrieben oder zur Erfüllung der gesetzlich geordneten Verwaltungsaufgaben unbedingt erforderlich sind ... ferner, wenn anzunehmen ist, die Stimmberechtigten hätten mit einem vorausgehenden Grunderlass auch die daraus folgenden Aufwendungen gebilligt, falls gleichgültig ist, welche Sachmittel zur Erfüllung der vom Gemeinwesen mit dem Grunderlass übernommenen Aufgaben gewählt werden ...»;

Gesetz über das Gemeinwesen (Gemeindegesezt, LS 131.1);

Artikel 121: Ausgaben gelten als gebunden, wenn die Gemeinde durch übergeordnetes Recht, durch Gerichtsentscheide, durch Beschlüsse der zuständigen Gemeindeorgane oder durch frühere Beschlüsse zu ihrer Vornahme verpflichtet ist und ihr sachlich, zeitlich und örtlich kein erheblicher Entscheidungsspielraum bleibt;

Gemäss H. R. Thalmann, Kommentar zum Zürcher Gemeindegesezt, sind gebundene und neue Ausgaben komplementäre Rechtsbegriffe, jede Ausgabe, die nicht gebunden ist, gilt finanzrechtlich als neue Ausgabe, wobei der Begriff der neuen Ausgabe nicht der Verwendung im allgemeinen Sprachgebrauch entspricht.

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65



Arbeitstagung der SVP Kanton Zürich

Gemeinden unter Druck

Tagung für Gemeindevertreter, Kandidatinnen und Kandidaten, sowie übrige Behördenmitglieder, Parlamentarier und interessierte Parteimitglieder

Der Bund übernimmt zunehmend das international Vorgegebene, die Kantone vollziehen das vom Bund Angeordnete und die Gemeinden übernehmen das vom Kanton Befohlene. Die Behördenmitglieder aller Stufen können immer weniger selber gestalten und sehen sich degradiert zu blossen Vollzugshelfern. Die Gemeinden stehen heute überall unter Druck – finanziell, ideell, teilweise auch personell. Der neue Finanzausgleich schafft offensichtlich viele neue Probleme – die Gemeinden werden vielfach alleingelassen. Die SVP ist in den Gemeinden gut verankert. Sie will aber keine Verwalter und Bürokraten, die obrigkeitliche Anordnungen zum Nachteil der Bürger willig umsetzen.

Datum: **Samstag, 20. April 2013**
Türöffnung: 8.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli
Beginn: 9.00 Uhr
Ende: 12.00 Uhr
Ort: Restaurant Rössli, Kempptalstrasse 52, 8038 Illnau

Programm: Gemeinden unter Druck – eine Auslegeordnung
Gregor Rutz, Nationalrat, Vizepräsident SVP des Kantons Zürich
Fakten des neuen Finanzausgleichs und die konkreten Auswirkungen auf die Zürcher Gemeinden
Matthias Lehmann, Experte für Gemeindefinanzen, swissplan.ch
Permanente Einschränkung der Gemeindeautonomie durch Bund und Kanton
Hans Heinrich Raths, Kantonsrat, Pfäffikon ZH
Die Einheitsgemeinde – ein Zukunftsmodell für Zürcher Gemeinden?
Martin Zuber, Kantonsrat, Gemeindepräsident Waltalingen

Im Anschluss: **Wie kann die SVP die Gemeinden stärken? – eine Diskussion**

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Informationstagung vom Samstag, 20. April 2013

- Ich melde mich für die Tagung an.
- Wir melden uns für die Tagung an: ____ Anzahl Personen.

Name: Vorname:
Strasse: PLZ, Ort:
Telefon: E-Mail:

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Unterzeichnen auch Sie die «Milchkuh-Initiative»



Automobilisten, Motorradfahrer, Lastwagenfahrer und andere Strassenbenützer werden zunehmend zur Milchkuh der Nation: Sie zahlen immer mehr Steuern, Abgaben und Gebühren – und stehen trotzdem im Stau.

Der Grund dafür ist einfach: Die Abgaben aus dem Strassenverkehr werden nur zum Teil für den Bau und Unterhalt von Strassen und Autobahnen verwendet. Die Strassengelder versickern in der Bundeskasse oder werden zweckentfremdet.

Die «Milchkuh-Initiative» will diesen Entwicklungen einen Riegel schieben!

Weitere Informationen und Unterschriftenbogen unter www.milchkuh-initiative.ch.

GENERALVERSAMMLUNG SVP MARTHALEN

Neuer Aktuar: Diethelm folgt auf Stutz

Auf Einladung trafen sich die Mitglieder der SVP-Marthalen zur ordentlichen Generalversammlung bei Lisel und Armin Spalinger. Auf dem zweckmässig und heimelig eingerichteten Heuboden kam schon beim Apéro gute Stimmung auf; die gut dreissig Versammelten wurden mit selbstgemachtem Kleingebäck willkommen geheissen.

SVP Marthalen. Der geschäftliche Teil des Abends wurde von Paul Mayer zügig abgewickelt. In seinem Jahresbericht zog der Präsident positive Bilanz; so z. B. der Abendausflug zur Firma Schöttli, Diessenhofen, die erfolgreichen Gemeinderats-Ersatzwahlen, die Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverein, die beispielhafte Organisation einer Kantonalen Delegiertenversammlung und die Durchführung eines «Mobilitäts-Abends» mit NR Walter Wobmann. Zustimmung bei allen fanden bald darauf die Vorhaben für das Jahr 2013. Es stehen folgende Höhepunkte auf dem Programm: Rundgang durch die Coca-Cola-Produktionsstätte in Dietlikon, ein informativer Waldhock und das traditionelle Januar-Treffen im neuen Feuerwehrgebäude.

Unsere Kassierin Bettina Nägeli musste leider bei den Parteifinanzen einen Ausgabenüberschuss bekanntgeben; trotz grosser Spendebedeutung von Mitgliedern und Sympathisanten musste sie wegen kosteninten-

siven Anlässen rote Zahlen schreiben. Da in der Parteikasse nach Ansicht des Vorstandes genügend Reserve ist, beschlossen die Versammelten, den Jahresbeitrag auf dem Vorjahresniveau zu belassen.

Langjähriger Einsatz

Nach 23-jähriger Tätigkeit als Aktuar hat Ruedi Stutz seinen Rücktritt aus der Parteileitung erklärt. Seine Arbeit wurde vom Präsidenten mit einem grosszügigen Präsent verdankt. Mit Akklamation wurden daraufhin die verbleibenden Vorstände bestätigt: Paul Mayer, Matthias Stutz, André Oberhänsli und Bettina Nägeli. Den frei gewordenen Sitz besetzten die Versammelten mit dem 41-jährigen Wirtschaftsprüfer Oliver Diethelm; auch er wurde mit grossem Beifall als Vorstand begrüsst.

Nach dem gemeinsamen Abendessen referierte der bekannte Erfinder, Tüftler, Pionier und Konstrukteur Hans Wepfer, Berg-Dägerlen, über seine Ideen und Erfahrungen rund um

sein Projekt «Stromproduktion mit Windturbinen»! Gebannt folgten die Zuhörer seinen Ausführungen und liessen sich von seinen Leistungen und Ideen faszinieren! Nicht grössere Anlagen herstellen, sondern kleinere, leisere, leistungsfähigere, günstigere und mobile mit wenig Schattenwurf, so umriss er sein Ziel und seine Geschäftsphilosophie! Dass die «wepfair» dazu auf bestem Weg ist, beweist schon der Prototyp des Erfinders! Eine optimierte Turbinen-Anlage, die schon ab Windstärke von 2 m/s Strom produzieren kann, wird nächstens montiert! Die speziellen 6-blättrigen, relativ kleinen Rotoren werden leiser drehen und übrigens auch das Leben der Vögel schonen, da sie den Tieren gar keine Durchflugsmöglichkeiten bieten.

Beeindruckt von der Tätigkeit und den innovativen Ideen des Windkraftanlagen-Herstellers, leitete nach der Fragerunde der Präsident zum gemüthlichen Teil der Generalversammlung 2013 über.

PRÄSIDENTENWECHSEL BEI DER SVP OBERSTAMMHEIM

Hans Langhard übergibt an Konrad Langhart

Anlässlich der kürzlich durchgeführten Generalversammlung der Ortssektion Oberstammheim gab es wichtige Veränderungen im Vorstand. Hans Langhard hat das Präsidium der Ortspartei an Konrad Langhart übergeben.

KW. Der langjährige Präsident, Hans Langhard, hat demissioniert. Konrad Langhart würdigte dessen Wirken. Insbesondere beherrsche er das Analysieren und «lesen» des politischen Geschehens, welches er national, kanton und regional verfolge. Zudem war er bei Anlässen immer an vorderster Front anzutreffen, wie beispielsweise am Herbstfest 2011. Ebenfalls hat Konrad Wiesmann seine zweite Phase im Vorstand abgeschlossen. Er hatte vor dreissig Jahren bereits dem Gründungsvorstand der SVP Oberstammheim angehört.

Neue Vorstandsmitglieder

Erfreulicherweise konnten zwei junge Parteimitglieder für die Vorstandsarbeit gewonnen werden.

Es sind dies Daniel Egg und Lorenzo Galvan. Für das Präsidium stellt sich Kantonsrat Konrad Langhart zur Verfügung. Er ist allen bereits bestens bekannt und ist gewillt, weitere Basisarbeit zu leisten.

Die übrigen, ordentlichen Traktanden konnten speditiv und ohne Probleme abgewickelt werden. Einzig unter Traktandum «Verschiedenes» wurde die Frage der Auswirkungen der sich in Planung befindenden Bau- und Zonenordnung aufgeworfen. Dies gab Anlass zu einer regen Diskussion. Allgemein gefasst kam zum Ausdruck, dass die Gemeindebehörde grösstmögliche Autonomie behalten solle unter möglichst wenig Beizug von «Technokraten». Die Gemeinde soll die Vorgaben eigenständig und demo-

kratisch mit der Bevölkerung lösen, weitestgehend, wie bisher.

Im Anschluss an die Versammlung konnte unser kantonaler Parteisekretär, Reinhard Wegelin, dem aufmerksamen Publikum seine Grundsätze bezüglich Basisarbeit vermitteln.

Im Wesentlichen macht er darauf aufmerksam, dass unsere Politik geradlinig und beharrlich weiter geführt werden soll, damit könne bei den Stimmbürgern Vertrauen aufgebaut werden.

Schade sei, dass in der heutigen Zeit junge Parteimitglieder, die Basisarbeit leisten, in der Gesellschaft manchmal kritisch betrachtet werden. Hier gelte es, aktive Parteimitglieder noch besser zu unterstützen und für Vorstandsarbeit zu motivieren.

Josef Stutz, Locarno

LESERBRIEFE

Fernsehen ohne breite Basis

Das SRF ist kein Fernsehen für die Schweiz, sondern ein Zürcher Klüngel-Fernsehen ohne breite politische und geistige eidgenössische Basis. Die versuchte und akribisch vorbereitete «Hinrichtung» Mörgelis in der Rundschau zeigt eine primitive und inkompetente Art, medienhistorischem Wissen und Tun zu begegnen.

Aus vom Schweizervolk aller Couleur bezahlten Journalisten werden über Nacht von uns bezahlte falsche Parteipolitiker. Sie pervertieren die Idee des Service Public zu einer linken

Propaganda-Plattform, die seit Jahren ungebremst gegen die Volksmehrheit agiert. Es funktioniert wie zu Old Shatterhands Zeiten im wilden Westen: wer eine Rothaut erledigte, durfte sich stolz eine Kerbe ins Holz des Schiessprügels schnetzeln. So auch in den von Linken besetzten Medien: wer auf Blocher, Mörgeli oder die SVP dreckelt, erntet Lob, Anerkennung und bei Herrn de Weck offenbar Bleibe-recht bei der SRF.

Es sollten die im SRF politisch ungenügend vertretenen Bürger die

Beitragszahlungen einstellen mit der Forderung, dass dieses Fernsehen einen der Schweizerischen Bevölkerung widerspiegelnden Mitarbeiterdurchschnitt hat.

Die Fernsehredaktionen sollten aus dem präpotenten, von der Schweiz abgehobenen Zürcher Milieu in eine andere Stadt verlegt werden, zum Beispiel nach Luzern, das sowohl kulturell wie auch politisch einen gesunden schweizerischen Durchschnitt repräsentiert.

Wir freuen uns auf weitere Zeilen von ihm.

Johanna und Karl Meier-Zoller, Effretikon

Zu Pfarrer Ruchs Festtagsartikel

Meine Frau und ich, beide katholisch, freuen uns immer wieder auf die Leitartikel im «Zürcher Boten» von Pfarrer Peter Ruch vor hohen Feiertagen.

So im letzten «Zürcher Boten» auf Ostern hin: «Gott allein macht wieder gut.» Pfarrer Ruch versteht es hervor-

ragend, zum jeweiligen christlichen Fest die notwendige Transparenz und die Zusammenhänge der damaligen Ereignisse – in Verbindung zum aktuellen Geschehen – aufzuzeigen.

Pfarrer Peter Ruch möchten wir für den Beitrag gratulieren und danken.

ATOMSTROM WIRD AUCH DURCH KOHLESTROM ERSETZT

Deutschlands Energiewunder dank Förderabgaben

Deutschland hat es trotz einem teilweisen Ausstieg aus der Kernenergie geschafft, ihre Stromproduktion auch mit Solarenergie auszubauen und zugleich die Exporte um ein Vielfaches zu steigern. Doch hinter diesem Stromwunder verbergen sich durchaus viele Überraschungen. Allein der Abbau der Kernenergie wurde durch eine Mehrproduktion mit Steinkohle wett gemacht.

RoMü. Auf den ersten Blick beeindruckt die neusten Zahlen aus Deutschland und lassen den Schluss zu, dass die mächtigste Industrienation in Europa die Energiewende problemlos schaffen wird. Die Nettostromproduktion nahm in unserem nördlichen Nachbarland um 8,4 TWh (+1,8 %) auf 482,8 TWh zu.

Trotz dieser Mehrproduktion kann der Ausstieg aus der Kernenergie ohne grosse Schwierigkeiten schrittweise umgesetzt werden. Nachdem die Strommenge aus dieser Produktion um 8,6 TWh auf 94 TWh (–8,4 %) abgenommen hat, nahm im Gegenzug die Solarenergie um rekordverdächtige 8,6 TWh auf 27,9 TWh (+44,5 %) zu.

Damit konnte die ausgebaute Solarstromproduktion die Minderproduktion beim Atomstrom mengenmässig kompensieren. Da aber Atomstrom als Bandenergie gleichmässig anfällt, lässt die Solarenergie die Produktion während weniger Stunden am Tag massiv in die Höhe schnellen und bricht dann wieder über die Nachtstunden ein.

Dies macht dann die Exporte über die Mittagszeit nötig, um das deutsche Netz zu entlasten, da es technisch nicht möglich ist, die Bandenergieproduktion aus Kern- und Kohlekraftwerken kurzfristig zu drosseln oder wieder aufzuschalten. Doch die glänzende Ausstiagsmedaille hat leider auch eine gern verschwiegene zusätzliche Kehrseite. Die Produktion von Strom mit Braun- und Steinkohle ist ebenfalls markant gesteigert worden, was zugleich auch den CO₂-Ausstoss belastet. Der Anteil an der Gesamtproduktion mit diesen fossilen Energieträgern stieg dabei um 3 auf 51,6 Prozent oder um 18,9 TWh an. Gleichzeitig wurde die Produktion mit den Gaskraftwerken um 10,6 MTh zurückgefahren. Erstaunlich ist die Entwicklung beim Windstrom. Hier nahm die Produktion um 3 auf 45,9 MTh ab, während die Produktion aus Laufwasserkraftwerken um 3,3 auf 17 TWh gesteigert werden konnte.

Diese vielgelobte Energiewende und insbesondere das Exportwunder zahlen die deutschen Stromkonsumenten. 2012 wurden die Erzeuger von Wind-, Solar- und Bioenergie mit über 20 Milliarden Euro an Zuschüssen gefördert. Knapp 17 Milliarden haben dafür die Strombezüger beigesteuert, wobei insbesondere die kleinen Verbraucher den Hauptanteil der Zeche bezahlen (siehe Kasten).

Um den Industriestandort Deutschland nicht zu gefährden, werden auch hier energieintensive Unternehmen von den Abgaben befreit. Der mit diesen Geldern produzierte und geförderte Ökostrom ist gemäss der Frankfurter Allgemeine an der Börse, wo er

verkauft wird, gerade einmal 2,9 Milliarden Euro wert.

Ex- und Import

Über die Mittagszeit fällt dank der grössten Sonneneinstrahlung am meisten Solarstrom an, so dass die Einspeisung ins Netz massiv ansteigt. Dies führt dazu, dass ein Teil dieser massiven Mehrproduktion wieder über den Export abgestossen werden muss. Im Gegenzug ist Deutschland während den Nachtstunden Strom auf Importe angewiesen, um die Lücken zu decken.

Gemäss deutschen Angaben müssen diese Exportmengen richtiggehend zu absoluten Tiefstpreisen oder gar zum Nulltarif auf dem Markt verschelbert werden. Die freut insbesondere die Holländer. Sie gehören mit 22,6 MTh zu den grössten Abnehmern. Dank diesem billigen Importstrom aus Deutschland können sie ihre Gasstromproduktion reduzieren, damit den CO₂-Ausstoss vermindern und zugleich auch dank den billigen Importen massiv Geld einsparen. Dies fiel am ersten Weihnachtstag sehr krass aus. Da an diesem Tag besonders viel Solar- und Windenergie angefallen ist, wurden die Niederlande dafür bezahlt, dass sie diesen Strom übernommen hatten. Somit sorgen die Deutschen Stromkonsumenten über ihre Abgaben für die tollen Stromgeschenke an die Holländer.

Bei den Exporten fliesst mit 12,7 TWh eine beachtliche Menge an elektrischer Energie auch in die Schweiz, wo er insbesondere über die Mittagszeit als billiger Strom willkommen ist. Er konkurriert aber gleichzeitig die bisher erfolgreich eingesetzte Spitzenbrechung mit dem Speicherkraftwerkstrom und verdrängt diesen vermehrt aus dem Markt.

Damit werden die Speicherkraftwerke ausgebootet, weil sie durch diese Billigkonkurrenz nicht mehr in der Lage sind, während diesen Spitzenlastzeiten kostendeckend Strom zu produzieren und abzusetzen. Der hoch subventionierte grüne Strom aus Deutschland belastet somit immer mehr die Schweizer Stromproduktion aus der Wasserkraft mit ihren Speicherkraftwerken und setzt diese mit diesen tiefen Dumpingpreisen auch wirtschaftlich immer mehr unter Druck.

Das deutsche Stromwunder wird aber gleichzeitig wieder bei den benötigten Importen auf den Boden der Realität zurückgeholt.

Mit 13,2 TWh kommt mehr Atomstrom aus Frankreich ins Land, als dieser beim Ausstieg aus der Kernenergie bisher eigentlich eingespart wurde. Da auch Tschechien mit 8,4 TWh zu den grössten Lieferanten gehört, erhöht sich der Anteil von Atomstrom nochmals.

Stromkosten Haushalt im Vergleich

Ein durchschnittlicher Haushalt zahlt in Deutschland bei einem Jahresverbrauch von 3500 kWh bei einem mittleren Gesamtpreis von 25,97 Cents 909 Euro für den Strombezug. Für Erzeugung, Transport und Vertrieb zahlt er 496 Euro (595 Franken).

Die Mehrwertsteuer schlägt mit 145 Euro (174 Franken) und die Konzessionsabgabe mit 63 Euro (76 Franken) zu Buche. Die zusätzlich erhobene Stromsteuer, die Abgabe für das Erneuerbare-Energie-Gesetz und die Umlage beanspruchen weitere 206 Euro. Bei einem Wechselkurs von 1.20 Franken entspricht dies einem Strompreis von 31,26 Rappen je kWh oder einer Stromrechnung von 1091 Franken. Davon entfallen 247 Franken auf die Förderung der alternativen Energien.

Vergleicht man die Zahlen dieses Haushaltes mit einem beispielsweise in Benken, so zeigt sich, dass die Stromkosten in der Schweiz deutlich tiefer liegen. Beim selben Stromverbrauch belaufen sich die Kosten inklusive Zählermiete und Mehrwertsteuer auf 572 Franken oder 16,35 Rappen je kWh.

ANTRAG AN DIE VERWALTUNGSDELEGATION

Transparenz auch bei parlamentarischen «Vielfliegern»

Transparenz wird heute allseits vollmundig gefordert, insbesondere auch mit Wirkung für die Politik. Geht es aber um Transparenz in eigener Sache, dann mauern die lautesten Forderer plötzlich.



M. REIMANN
NATIONALRAT
GIPF-OBERFRICK AG

Nehmen wir als Beispiel die Transparenz über die Honorare, Reise- und Unterkunftskosten, die von den zwölf Mitgliedern der Europaratsdelegation zusätzlich zu den ordentlichen Sessionen und Kommissionssitzungen produziert werden. Gemäss der Formel «vom Europarat genehmigt, aber nicht zu dessen Lasten» stehen da nämlich individuellen Sonderwünschen für Einsätze rund um den Globus Tür und Tor offen, die dann zu Lasten des schweizerischen Parlaments abgerechnet werden. Einblick in die entsprechende jährliche Gesamtabrechnung der Europaratsdelegation haben die Ratsmitglieder allerdings nicht, ja nicht einmal die Mitglieder der Delegation. Sie erfahren nicht, wer für was wie viel Kosten verursacht hat.

Die Herausgabe der Zahlenn wurde verboten

Das war früher anders. Weil aber ein parlamentarischer Vielflieger aus dem Linkslager sämtliche Ausgabenrekorde brach und dieses Faktum den Weg

in die Medien fand, verbot die Verwaltungsdelegation (Präsidenten und Vizepräsidenten beider Räte) auf Druck der Ratslinken die Herausgabe dieser Zahlen. Jene Partei, die sonst nicht müde wird, Transparenz über alles und vor allem über die Parteifinzen zu verlangen, setzte sich durch.

Seit dem Jahr 2000 bin ich selber Mitglied der Europaratsdelegation und sehe die Reisetätigkeit gewisser

Schweizer Parlamentarier im Namen des Europarates, aber auf Kosten des Schweizer Steuerzahlers, aus nächster Nähe. Dies darf nicht mehr einfach so hingenommen werden. Daher habe ich mich mit nachfolgendem Antrag, der immerhin von 59 Ratsmitgliedern mitunterzeichnet wurde, an die gleiche Verwaltungsdelegation gewandt, dass diese das Transparenzverbot wieder aufhebt.

Antrag vom 18. März 2013 an die Verwaltungsdelegation der eidgenössischen Räte

Einsicht in die Jahresabrechnung der ERD

Sehr geehrte VD-Mitglieder

Ich beantrage Ihnen hiermit, den von einer früheren VD verabschiedeten Entscheid über die Nichtgewährung des Einblicks in die jährlichen Abrechnungen der ERD dahingehend zu ändern, dass Mitgliedern der ERD dieser Einblick wie ursprünglich wieder gewährt wird.

Begründung:

Auch innerhalb einer parl. Delegation sollte nicht vom Prinzip der Transparenz abgewichen werden. Das gilt besonders für die ERD, wo sowohl kollektive als auch individuelle Einsätze geleistet werden. Deshalb haben die ERD-Mitglieder förmlich Anspruch darauf, zumindest einmal pro Jahr zu erfahren, wer welche Einsätze geleistet hat und welche finanziellen Folgen daraus der Parlamentsrechnung im Einzelnen entstanden sind.

REFERENDUM HEUTE GESTARTET

NEIN zu einer Gebührenerhöhung von 150 Prozent

Die Erhöhung der Autobahnvignette auf 100 Franken ist unverhältnismässig, das ist eine Erhöhung um 150 Prozent. Ich habe noch nie eine Abgabe gesehen, die auf einen Schlag um 150 Prozent angehoben wurde. Der Privatverkehr deckt heute seine Kosten zu mehr als hundert Prozent.



WALTER WOBMANN
NATIONALRAT SVP
GRETZENBACH SO

Der Verkehr auf den Schweizer Strassen hat sehr stark zugenommen. Innert 20 Jahren hat sich die Frequenz auf den Autobahnen verdoppelt. In dieser Zeit hat auch die Bevölkerung um eine Million Personen zugenommen. Die Verkehrsinfrastruktur hinkt aber dieser Entwicklung stark hinterher. Die Verkehrswege müssen nun dringend der neuen Situation angepasst, respektive ausgebaut werden, ansonsten wird es zu einem Verkehrskollaps kommen. Der notwendige Ausbau wird zweifellos viel Geld kosten. Es wird nun versucht, die Verkehrsabgaben, wie z. B. den Preis für die Autobahnvignette und den Treibstoffzuschlag, schrittweise zu erhöhen. Ist dies aber auch berechtigt und notwendig?

Riesensummen an den Staat

Betrachtet man die aktuellen Abgaben beim Privatverkehr etwas genauer, kommt man schnell zum Schluss, dass dieser heute schon Riesensummen an den Staat abgibt. Die Gesamteinnahmen des Bundes aus Strassen-, Auto- und Motorradsteuern beliefen sich 2011 auf nahezu 9,5 Milliarden Franken. Das waren rund 270 Millionen Franken mehr als im Jahr zuvor und entspricht nicht ganz einem Sechstel der gesamten Fiskaleinnahmen des Bundes. Rund 4 Milliarden gingen in die allgemeine Bundeskasse. Dazu kommen noch rund 2 Milliarden Franken in den Kantonen. Die Steuerbelastung pro Liter Benzin und Diesel beträgt rund 50 Prozent.

Bereits in der Vergangenheit eingenommen, jedoch nicht ausgegeben, sondern in der «Strassenkasse» gehortet, hat der Bund jene 2,6 Milliarden Franken, bzw. jene 850 Millionen Franken an zweckgebundenen Strassengeldern, die er im Jahr 2008 bzw. 2011 dem Infrastrukturfonds (IF) gutschrieb. Von diesen Einlagen hat der Bund im vergangenen Jahr rund 424 Millionen Franken verwendet. Summa summarum standen ihm 2011 demnach eigentlich nahezu 9,9 Milliarden Franken an Strassengeldern zur Verfügung.

Fast 42 Prozent – was knapp sieben Prozent der 2011 erzielten Steuereinnahmen der Eidgenossenschaft ent-

spricht – dieser beinahe 9,9 Milliarden Franken sind voraussetzungslos in die allgemeine Bundeskasse geflossen. Gegen 30 Prozent wurden für Strassenaufgaben wie z. B. den Unterhalt, Betrieb und Ausbau von Nationalstrassen verwendet. Gegen 20 Prozent wurden zum allergrössten Teil (knapp 2 Mrd. Franken) in die Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte (FinöV) – Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT), Bahn 2000 bzw. ZEB, Lärmschutzmassnahmen, Anschluss der Ost- und Westschweiz an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz (HGV) – sowie in Schieneninfrastrukturen in Agglomerationen investiert. Rund fünf Prozent gingen in Form von LSVA-Erträgen an die Kantone.

Das vierte Mal zum Tragen kam der Infrastrukturfonds (IF): Dieser wird aus zweckgebundenen Strassengeldern gespeist und schüttete 2011 insgesamt rund 1278 Millionen Franken aus – davon 863 Millionen für Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr und 415 Millionen für Schienen-Agglomerationsprojekte. Trotz der Entnahme von 2,6 Milliarden Franken im Jahr 2008 sowie 850 Millionen Franken im Jahr 2011 aus der Rückstellung der Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV), um den IF zu alimentieren, hat der Stand der SFSV Ende des vergangenen Jahres noch immer über zwei Milliarden Franken betragen.

Beitrag zur Eisenbahn-Infrastruktur

Fazit: Die Strassenbenützer (Automobilisten, Motorradfahrer und Transporter) finanzieren nicht nur die eigentliche Strasseninfrastruktur, sondern leisten darüber hinaus einen erheblichen Beitrag an die Bereitstellung der neuen Eisenbahninfrastruktur. Ein grosser Teil der Strassen- und Motorfahrzeugsteuern darf gemäss Bundesverfassung allerdings nicht zweckgebunden sein. Die Strassenbenützer tragen deshalb auch 2011 in beträchtlichem Ausmass dazu bei, den Bundeshaushalt zu entlasten.

Nun muss zuerst beim Privatverkehr, wie auch bei der Bahn, bezüglich Ausbau und Finanzierung eine Gesamtschau gemacht werden, so wie es eine Motion der Verkehrskommission verlangt. Scheibenweise Erhöhungen von einzelnen Abgaben, wie z. B. der Autobahnvignette, sind entschieden abzulehnen.

✗ NEIN zu einer Gebührenerhöhung von 150 Prozent!

Der Bundesrat und eine Mehrheit von National- und Ständerat wollen die Autobahnvignette ab 2015 von heute Fr. 40.– auf Fr. 100.– verteuern. Dies entspricht einer Erhöhung von 150 Prozent.

✗ NEIN zu immer mehr Abgaben

Gebühren und Steuern auf dem Buckel des Privatverkehrs! Der Bund nimmt jährlich 9,5 Milliarden Franken durch Steuern, Gebühren und Abgaben des Privatverkehrs (mehrheitlich durch Auto- und Motorradfahrer) ein. Der private Fahrzeugverkehr könnte sich heute kostendeckend finanzieren, es würde sogar ein Überschuss bleiben. Von den 9,5 Milliarden Franken werden aber derzeit 70 Prozent zweckentfremdet. Die Gelder der Auto- und Motorradfahrer fliessen grossmehrheitlich in die allgemeine Bundeskasse und in den öffentlichen Verkehr.

✗ NEIN zu massiven Kostenfolgen für KMU!

Für Unternehmen mit einem grossen Autobestand hätte eine Autobahnvignetten-Erhöhung von 150 Prozent massive Kostenfolgen. Vor allem Betriebe im Aussendienst, Gewerbe und Versicherungen sind auf das Auto angewiesen. Diese Mehrausgaben würden auf den Konsumenten abgewälzt.

✗ Stopp der Abzockerei des Privatverkehrs!

Wer heute mehrere Autos mit Wechselschildern oder mehrere Fahrzeuge (Auto, Motorrad, Anhänger, ...) hat, wird unverhältnismässig zur Kasse gebeten. Das ist unfair – eine Abzockerei des Privatverkehrs.

✗ NEIN zur Bevorzugung von Ausländerinnen und Ausländern!

Mit der neuen Regelung sollen Ausländerinnen und Ausländer, welche durch die Schweiz fahren, für eine 2-Monatsvignette nur Fr. 40.– bezahlen, während Schweizerinnen und Schweizer, welche die Autobahn nur sehr wenig benutzen (z. B. Motorradfahrer oder Bootsfahrer mit Anhänger), eine übersteuerte Vignette für Fr. 100.– kaufen müssen. Dagegen wehren wir uns!

Weitere Informationen finden Sie unter www.referendum-autobahnvignette.ch.



Zu Gast im Europarat Strasbourg – 50-Jahre-Jubiläum

am Dienstag, 23. April 2013

Hören Sie live die Rede von BR Didier Burkhalter von der Tribüne des Europarates zum 50-Jahre-Jubiläum der Schweizer Mitgliedschaft

Programm

07.00 Uhr	Abfahrt mit Luxuscar ab Zürich, (Fahrzeit ca. 2 1/2 Stunden)
09.45 Uhr	Ankunft in Strassburg
09.45 Uhr	Vormittag zur freien Verfügung für Schifffahrt, Altstadtbesichtigung, Shopping
13.00 Uhr	Aperitif und gemeinsames Mittagessen in einem typischen Elsässer Restaurant in der Altstadt mit Alfred Heer
15.00 Uhr	Besuch Europarat, Rede von Aussenminister Didier Burkhalter, Führung durch den Europarat mit Alfred Heer
17.00 Uhr ca. 19.30 Uhr	Rückfahrt nach Zürich Eintreffen in Zürich
Kosten	Fr. 135.– pro Person alles inklusive, (extra: Getränke, evtl. Stadtführung, Schifffahrt)
Anmeldung	christoph.baehler@svp-zuerich.ch , Telefon 044 217 77 61



Alfred Heer

«Ich freue mich, Ihnen den Europarat vor Ort vorstellen zu dürfen!»

Fadegrad

Es werde Stau, Lärm und Gefahr



VON
ROLAND SCHECK

Ein Paradebeispiel, wie man eine gut funktionierende Verkehrsachse zum Erliegen bringen kann, ist die Birmensdorferstrasse.

Mit der Eröffnung der Westumfahrung wurde die Birmensdorferstrasse markant entlastet. Während der Spitzenzeiten floss der Verkehr wieder und der Schleichverkehr verlagerte sich infolgedessen aus den Wohngebieten zurück auf das übergeordnete Strassenetz. Alles war perfekt und die Quartierbewohner waren mit der neuen Situation, welche die Westumfahrung brachte, sehr zufrieden.

Doch zu früh gefreut. Denn die Bevölkerung machte die Rechnung nicht mit der eigenen Regierung. Eine funktionierende Ein- und Ausfallsachse ist für den autofeindlichen Stadtrat ein Graus, worauf dieser beschloss, die Birmensdorferstrasse mit sogenannten flankierenden Massnahmen zu versehen.

Inzwischen sind ersten Etappen dieser flankierenden Massnahmen realisiert, mit dem Resultat, dass wieder nichts mehr funktioniert. Der Stadtrat produziert künstlich und für viel Steuergeld Stau. Stau, den es vorher nicht mehr gab. Nach Abschluss von drei der insgesamt vier Etappen stauen sich die Fahrzeuge heute wieder bis über die Waldegg hoch.

Und wie verursacht der Stadtrat den künstlichen Stau? Die Antwort ist erschütternd: mit Menschen! Durch das Anbringen von gefährlichen Fussgängerstreifen innerhalb des Triemli-Kreisels wird dem Knoten Kapazität entzogen. Menschen werden als Verkehrshindernisse missbraucht.

Und genau in dieses Kapitel geht nun auch die letzte Etappe der flankierenden Massnahmen auf dem Abschnitt Aemlerstrasse bis Triemli. Wie in den übrigen Abschnitten werden auch hier die Fahrspuren reduziert. Zusätzlich wird der Linksabbieger in die Gutstrasse aufgehoben, angeblich wegen dem Behindertengesetz und der damit verbundenen Verbreiterung der Haltestelle Talwiesenstrasse. Des Weiteren wird die völlig untaugliche kombinierte Fussgänger- und Veloführung, welche schon zwischen der Schmiede Wiedikon und der Aemlerstrasse realisiert wurde, weitergeführt.

Aber der ultimative Clou ist Folgendes: Die flankierenden Massnahmen auf dem Abschnitt Aemlerstrasse bis Triemli führen zu einer Erhöhung der Lärmemissionen. Kaum zu glauben, aber es ist so! Nach dem Verbauen von 52,5 Millionen Franken wird alles lauter. So laut, dass in den Gebäuden Schallschutzfenster eingebaut werden müssen. Auf Kosten der Steuerzahler selbstverständlich.

Es werde Stau, Lärm und Gefahr. Die Birmensdorferstrasse ist der Beweis, dass der rot-grüne Stadtrat keine Skrupel hat, seinen ideologischen Feldzug gegen den Autoverkehr auch auf dem Buckel der Bevölkerung auszutragen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Gegen Frauenfangquoten in der Stadtverwaltung sind auch Abfangjäger machtlos

Wenn sich die Ratsdebatte ohne grossen Effekt um Quotenlösungen in der Stadtverwaltung, um die Kulturförderung und den effizienten Ratspostversand dreht und gar ohne Worte ein Fussballstadion-Vorstoss überwiesen wird, dann wundert man sich nicht, wenn die Gedanken eher bei den Intrigen um den Euro und bei den nach Korea geflogenen «Raptors» und «Sprits» liegen.



B. IM OBERDORF
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 12

Wieder einmal geschieht das, was Leben und Wohlstand betrifft, in der Welt draussen; gerade die Euro-Krisen und die internationalen Ränkespiele können uns auch in der Schweiz und in Zürich betreffen; für die Sicherheit nicht belanglos ist das Säbelrasseln in Nordkorea, welches das Potential hat, nur zu leicht ausser Kontrolle zu geraten. Es ist nicht ganz so harmlos wie kommentiert, wenn unter anderem neben Zerstörern auch offensive Tarnkappenbomber – seien das die beiden fast zwei Milliarden Dollar schweren B-2 «Spirit» oder die F-22 «Raptor» – nach Korea entsandt werden. Fazit im übertragenen Sinn: Auch modernste Erkenntnisse taugen nicht gegen die Frauenfangquoten, welche das Parlament beschloss.

Letzigrund – teures Museum der städtebaulichen Architektur

Das beinahe spannendste Traktandum der Gemeinderatssitzung war eigentlich jenes, über das gar nicht diskutiert wurde: Es war ein Vorstoss der Grünliberalen (GLP) betreffend künftige Nutzungsszenarien für das Stadion Letzigrund: Dabei geht es darum, die Kosten möglichst tief und den Nutzen möglichst hoch zu halten, wenn das neue Stadion Zürich dereinst in Betrieb gehen sollte und die beiden Fussballclubs GC und FCZ zügeln (voraussichtliche Zustimmung im Gemeinderat und offener Ausgang der Volksabstimmung vorbehalten): Dann würde nämlich der für die Europameisterschaft notfallmässig fertig gestellte Letzigrund nur noch für die Leichtathletikmeisterschaft im Sommer und einige Konzerte genutzt, derweil das neue Stadion beim Hardturm für die Stadt jährlich wiederkehrende Kosten in der Höhe von sieben bis acht Millionen einfahren dürfte.

Auch für die SVP hatte dieser Nutzungs- und Spar-Vorstoss einen Sinn, lag es der Fraktion doch fern, einen Ablehnungsantrag zu stellen, obschon das Postulat aus der linken Küche stammte. Wenn allerdings die GLP fragt, ob man das Stadion nicht für mehr Pop-Konzerte nutzen könne, so ist das Ansinnen naiv: Denn es wurde damals, als man die 120 Letzigrund-Millionen durchwinkte, mit Nachdruck versprochen, dass es höchstens für zwei bis vier solcher Open Air Veranstaltungen im Jahr genutzt werden könnte – dies war ein Versprechen, das man den Anwohnern abgeben hatte.

Der Schreibende verfolgte damals das Geschäft in der Hochbaukommission und er brachte dort auch die nötige Skepsis gegenüber dem Letzigrund zum Ausdruck – Vorbehalte, die sich inzwischen bewahrt haben und die auch von der SVP so gesehen wurden. Man stimmte damals schliesslich dem Letzigrund zu, um nicht ein falsches Zeichen zu setzen: schliesslich wäre es fatal, wenn man irrtümlicherweise der Sport- und Fussballfeindlichkeit bezichtigt würde.

Nun wird man möglicherweise, wenn das Fussballstadion beim Hardturm gebaut wird, genau an dem Punkt angelangt sein, der absehbar war: Dann wird der für Fussball ohnehin wenig geeignete Letzigrund gewissermassen als über Hundert-Millionen-Denkmalruine ehrgeiziger Architekten über die grösste Zeit des Jahres als Brache einen musealen Charakter bekommen – gewissermassen zum Andenken an die drei Vorrundenspiele der Europameisterschaft von 2008.

Ein Hauch von Effizienz

Ein anderer Schwerpunkt war eine Motion von Daniel Regli und Marina Garzotto, mit der eine selektivere Vergabe der Beiträge für Kulturschaffende angestrebt wurde: Marina Garzotto brachte auch zum Ausdruck, dass es der Stadt gut ankäme, wenn kulturell

neue Sterne aufsteigen können auf Kosten der im Desinteresse versinkenden Gruppen, deren Produktion das Publikum nicht einmal mit Gratiseintritten sehen wolle. Daniel Regli forderte dabei auch im 5-Jahres Turnus eine Leistungskontrolle.

Dem Kultur-Vorstoss der SVP war im Rat keine Gnade beschieden; ganz anders erging es einem Postulat derselben Urheber, mit dem eine Reduktion der Kosten für den Versand der Ratsunterlagen angeregt wurde – es hatte so gut wie keine Opposition.

Wider die Frauen-Fang-Quoten

Lange zu reden gab eine Motion der Linken, welche Quoten in den Kaderstellen der Stadt erzwingen will: eine bedenkliche Frauenfängerei. Mauro Tuena und Roger Liebi hielten dem entgegen, dass es so schwierig werden kann, geeignete (weibliche) Persönlichkeiten für diese Positionen zu finden; auch gebe es in bestimmten Berufsgattungen auch einfach zu wenige Frauen.

Der Schreibende warf dem Stadtrat vor, dass er die Motion als solche entgegennehmen wolle, weil das zeige, dass es offenbar eine bestellte Motion sei, mit der man Sachzwänge schaffen wolle; diese seien aber kontraproduktiv für das Selbstwertgefühl der Frauen; starke Frauen wollen um ihrer selbst willen in eine Kaderposition kommen und nicht wegen einer Sachzwang-Quote. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten – ohne Fixierung auf 100-Prozent-Stellen, die sich als 150-Prozent-Jobs erweisen – könnten hier bessere Voraussetzungen für die Frauen schaffen – aber genau das erreicht man mit der Motion – die schliesslich überwiesen wurde – natürlich nicht.

Für Heiterkeit in der SVP Fraktion sorgte während der gut stündigen Frauenfang-Debatte eines der seltenen Fraktions-Schwergewichte, Kurt Hüssy: sein Sitz brach unter ihm und der vermeintlichen Schwere der Debatte schlicht zusammen.

SVP VERTRITT BÜRGERLICHE POLITIK

Anmeldung zur Arbeitstagung Parteiprogramm

Am Samstag, den 20. April 2013, findet im Restaurant «Muggenbühl» die grosse Arbeitstagung zur Aktualisierung des Parteiprogramms statt.



M. BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 10

Das Parteiprogramm der SVP Stadt Zürich trägt den Titel «Bürgerliche Politik». Es ist Richtungsgeber für die Mandatsträger der SVP und gleichzeitig der Leitfaden für unsere Wählerschaft. Die SVP Stadt Zürich vertritt eine klare bürgerliche Politik.

Die Tagung zur Aktualisierung des Parteiprogramms 2014–2018 findet im Restaurant «Muggenbühl» in Wollishofen statt.

In Arbeitsgruppen werden vier Themen diskutiert: Wirtschaft und Finan-

zen, Verkehr, Soziales und Energie. Die anderen Kernthemen des Papiers wie Gewerbe, Ausländer, Kultur, Schule oder Sicherheit wurden in separaten Gruppen bearbeitet.

Die Veranstaltung beginnt um 8.00 Uhr mit Kaffee und Gipfeli, ab 8.30 Uhr beginnt die Tagung. Vier Arbeitsgruppen erstellen die Teilpapiere zu den einzelnen Themen. Um 13.00 Uhr ist das gemeinsame Mittagessen. Kaffee und Gipfeli in der Pause sind offeriert, das Mittagessen ist auf eigene Rechnung.

Ihre Mitarbeit ist erwünscht! Füllen Sie umgehend den beistehenden Talon aus und schicken Sie ihn ein oder senden Sie ein E-Mail an das städtische SVP-Sekretariat.

SVP der Stadt Zürich

Einladung zur

Tagung Parteiprogramm 2014–2018

Samstag, 20. April 2013, 8.00 bis 13.00 Uhr
Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstr. 14, 8038 Zürich

Ablauf der Tagung:

08.00	Kaffee und Gipfeli
08.30	Beginn, Begrüssung, Organisation
09.00	Referate zu den vier Themen Wirtschaft, Finanzen / Verkehr / Soziales / Energie
09.30	Kaffeepause
10.00–12.00	Gruppenarbeiten
12.00	Präsentation und Schlussdiskussion
13.00	Mittagessen (auf eigene Rechnung)

Arbeitsgruppen / Leiter:

• Wirtschaft / Finanzen	Gemeinderat Roger Liebi
• Verkehr	Gemeinderat Roland Scheck
• Soziales	Bene Hoffmann, Mitglied Sozialbehörde
• Energie	Gemeinderat Martin Bürlimann

Anmeldung (Unbedingt Arbeitsgruppenwünsche angeben)

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Arbeitsgruppe 1. Wahl.....

2. Wahl.....

Mittagessen Ja / Nein (bitte ankreuzen)

Bitte sofort einsenden an: Sekretariat SVP der Stadt Zürich, Postfach 6612, 8050 Zürich
Telefon 044 310 81 19, Fax 044 310 36 62, E-Mail: sekretariat@svp-stadt.zuerich.ch

Einladung zur Mitglieder-Veranstaltung

Bericht aus Bern:

Aktuelles aus der Bundespolitik

Donnerstag, 11. April 2013, 20.00 Uhr,
Restaurant Muggenbühl,
Muggenbühlstrasse 14, 8038 Zürich

Unser Stadtzürcher

Nationalrat Alfred Heer

gibt Auskunft über das politische Geschehen während der Frühjahrsession 2013

Nutzen Sie die Gelegenheit zum direkten Kontakt mit unserem Mann in Bern.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

SVP der Stadt Zürich



Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen

Jungpflanzen für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!



Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch



SVP Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach

Einladung zum Dorffest Veltheim

31. Mai 2013 ab 18.00 Uhr bis 2. Juni 2013 bis 20.00 Uhr

Feines Essen | Gemütliches Beisammensein | Politische Gespräche

Freitag 31. Mai 2013 18.00 bis 02.00 Uhr
Samstag 1. Juni 2013 14.00 bis 02.00 Uhr
Sonntag 2. Juni 2013 11.00 bis 20.00 Uhr

Geniessen Sie unsere hausgemachte Gulaschsuppe oder lassen Sie sich durch unsere speziellen Schüblige verführen.

Probieren Sie das feine Winterthurer Euelbräu-Bier oder einen Wein aus der Region.

In der gemütlichen Festbeiz bietet sich die Gelegenheit für einen Jass oder ein Gespräch mit einem Politiker.

Wir freuen uns auf Sie!

Bachtelstrasse / Feldstrasse, 8400 Winterthur

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos**.

Komme bei Ihnen vorbei.
Tel. 044 822 26 11



Nutzfahrzeugzentrum

Wir suchen:

- **Chefmechaniker/Diagnostiker**
mit Fachausweis schwere Fahrzeuge, per sofort
- **Lastwagenmechaniker**
mit Fachausweis, per sofort

Detaillierte Informationen finden Sie hier:

www.auto-roellin.ch

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Jetzt die Mediadaten 2013 bestellen!
print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Maishäcksler Pöttinger Mex GT, **Heurüstmaschine** Portana, **Förderband** Blaser, **Milchtank** Etscheid 600 l. Tel. 052 337 21 62.

Direkt vom Züchter, wegen Aufgabe der Milchproduktion, einige **frischgekalbte RH-Kühe**, bis 40 l Tagesmilch, Werner Sommer, Diessenhofen. Telefon 079 383 50 59

Pfähle, teerimprägniert, (langlebig) aus Hagelnetzanlage. Länge: 3,60/3,80m Preis: Fr. 5.-/St. Peter Gräff, 8605 Gutenswil. Tel. 044 945 02 29.

Zürrer Knetmaschine für 9 kg Mehl, auf Rollwagen, Fr. 150.-. Telefon 076 566 01 82.

Schönes **Belüftungs-Heu**. Telefon 079 391 40 59.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** usw. Gute Barzahlung, gratis Abhol-dienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

Aufzuchttrinder auf Intensiv-Aufzucht-betrieb. Bei uns werden ab Mitte Jahr 4-5 Aufzuchtplätze frei. Gute Betreuung, kein Nebenerwerbsbetrieb! Telefon 052 745 26 84.

GESUCHT

Mährescher-Fahrer, Region Winterthur-Seen. Tel. 079 629 81 50.

Inserate Der Zürcher Bote

print-ad kretz gmbh
Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser. Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.-** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.-** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

EINLADUNG

zur ordentlichen Delegiertenversammlung
Mittwoch, 10. April 2013, 18.15 Uhr (Türöffnung ab 18 Uhr)
Ref. Kirchgemeindesaal im Zentrum Zumikon
(Parkplätze in Tiefgarage)

Ablauf

- 18.00 Uhr** Türöffnung
- 18.15 Uhr** Statutarischer Teil (offen für alle Mitglieder und Gäste der Bezirkspartei)
- 19.15 Uhr** Nachtessen (trockenes Gedeck offeriert von der SVP Bezirk Meilen)
- 20.00 Uhr** Türöffnung für die Öffentlichkeit
- 20.15 Uhr** Bericht aus Bern NR Christoph Mörgeli und NR Gregor Rutz

Zur Delegiertenversammlung sind alle SVP-Mitglieder eingeladen. Der Bericht aus Bern ist öffentlich ab 20.00 Uhr.

Wir freuen uns auf einen vollen Saal!

SVP des Bezirks Meilen



SVP Winkel-Rüti



Puure-Zmorge

Datum: Auffahrtstag, 9. Mai 2013
Zeit: 10.00 Uhr bis ca. 13.00 Uhr
Ort: Rösli und Walter Schellenberg
Lufingerstrasse 47
8185 Winkel

Programm: Puure-Zmorge Buffet
Musik durch Rüdlinger-Örgeli-Fründe

Der Anlass findet bei jeder Witterung statt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch
SVP Sektion Winkel-Rüti



Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion

Montag, 8. April 2013, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht

Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach

Jeweils Sonntagmorgen, ab 10.00 Uhr, Café Meier, Seuzach: 7. April, 9. Juni, 4. August, 6. Oktober und 1. Dezember 2013.

Junge SVP Kanton Zürich

Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5

Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhaus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen a. A.

Montag, 8. April 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Schöneegg, Hausen am Albis, Stamm.

Montag, 27. Mai 2013, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum ehemaliges Postgebäude, Ebertswil, Parteiversammlung.

Bezirk Affoltern / Knonau

Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Sasso San Gottardo Museum. Weitere Informationen folgen. Anmeldungen unter svpknonau@gmail.com oder Natel 076 771 20 60.

Bezirk Bülach / Winkel-Rüti

Donnerstag, 9. Mai 2013, 10.00–13.00 Uhr, bei Rösli und Walter Schellenberg, Lufingerstrasse 47, Winkel, Puure-Zmorge-Buffer. Musik durch Rüdinger-Örgeli-Fründe. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt.

Bezirk Meilen

Mittwoch, 10. April 2013, 18.15 Uhr (Türöffnung ab 18.00 Uhr), Ref. Kirchengemeindsaal im Zentrum Zumikon, (PP in Tiefgarage), ordentliche Delegiertenversammlung 2013. 20.00 Uhr: Türöffnung für die Öffentlichkeit; 20.15 Uhr: Bericht aus Bern mit Nationalrat Christoph Mörgele und Nationalrat Gregor Rutz. Zur Delegiertenversammlung sind alle SVP-Mitglieder eingeladen! Der Bericht aus Bern ist öffentlich.

Bezirk Meilen / Stäfa

Samstag, 11. Mai 2013, 9.00–12.00 Uhr, vor der Migros, Stäfa, Standaktion. Nationalrat Christoph Mörgele, Nationalrat Gregor Rutz, Kantonsrätin und Präsidentin der SVP des Bezirks Meilen Theres Weber und Kantonsrat Hans Peter Amrein verteilen den Müttern eine bunte Muttertags-Rose.

Donnerstag, 16. Mai 2013, 18.00 Uhr, bei Jakob Grimm, Holzhausen, Oetwil am See, Generalversammlung. Programm: 18.00 Uhr: Führung von Köbi Grimm durch sein einmaliges Weinbaumuseum; 19.00 Uhr: Apéro und 20.30 Uhr: Generalversammlung

Sonntag, 15. September 2013, 14.00 Uhr, in der «Halle für alle», Froberg Stäfa, kultureller Anlass mit Christoph Blocher und dem Solisten-Ensemble von La Compagnia Rossini: Würdigung dreier Persönlichkeiten vom Zürichsee (Johann Kaspar Pfeningger, Patriot; Conrad Ferdinand Meyer, Schriftsteller und Karl Landolt, Kunstmaler). Programm: 14.00 Uhr: Türöffnung; 15.00 Uhr: Beginn des Programms. Eröffnungskonzert von La Compagnia Rossini. Begrüssung durch Kurt Zollinger. Vortrag von Christoph Blocher. Schlusskonzert von La Compagnia Rossini. 17.15 Uhr: Der Veranstalter offeriert «Ghackets mit Hörnli» und Apfelmus. Jedermann ist herzlich eingeladen! Parkplätze sind genügend vorhanden, ab 13.45 Uhr wird ab dem Bahnhof Stäfa ein Busbetrieb angeboten.

Junge SVP Kanton Zürich

Freitag, 19. April 2013, 19.30 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich, ordentliche Generalversammlung. Als besonderen Gast und Referenten begrüssen wir Korpskommandant Aldo C. Schellenberg, den neuen Chef der Schweizer Luftwaffe. Er wird zu Beginn der Veranstaltung, um 19.30 Uhr, referieren. Es ist eine gute Gelegenheit, mit ihm in Kontakt zu treten und Fragen an ihn zu richten.

Die Generalversammlung wird ab 20.00 Uhr ungefähr eine Stunde dauern. Im Anschluss an die Generalversammlung offeriert die JSVP ZH einen Apéro.

Stadt Winterthur / Oberi

Mittwoch, 1. Mai 2013, ab 11.00 Uhr, Waldschulzimmer Lindberg, 1.-Mai-Grillplausch (www.waldschulzimmer-lindberg.ch). Ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert. Gast: Nationalrat Walter Wobmann, SO. Programm: 11.00 Uhr: Apéro; 11.30 Uhr: Begrüssung Chantal Leupi, Präsidentin SVP Oberwinterthur. Anschliessend Ansprache Walter Wobmann; 12.30 Uhr: Mittagessen. Kosten: Verpflegung Erwachsene: Fr. 25.–, Kinder (schulpflichtig) Fr. 5.–. Die Getränke müssen separat bezahlt werden! Anmeldung: bis spätestens Freitag, 26. April 2013 an Urs Obrist, Telefon 052 202 84 44, Natel 079 414 31 22 oder E-Mail: urs.obrist@hispeed.ch. Bitte angeben: Name, Vorname, Anzahl Erwachsene und Anzahl Kinder. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

Stadt Zürich

Donnerstag, 11. April 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Sessionsveranstaltung mit Nationalrat Alfred Heer.

Stadt Zürich / Kreis 11

Samstag, 27. April 2013, 9.00–12.00 Uhr, Marktplatz Oerlikon (zwischen Swissôtel und Brunnen), Standaktion mit den SVP-Frauen Stadt Zürich.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach

Freitag, 31. Mai 2013 bis Sonntag, 2. Juni 2013, Dorffest Veltheim (Bachtelstrasse / Feldstrasse, Winterthur). Feines Essen – Gemütliches Beisammensein – Politische Gespräche. Programm:

– Freitag 31. Mai 2013: 18.00 bis 2.00 Uhr
– Samstag 1. Juni 2013: 14.00 bis 2.00 Uhr
– Sonntag 2. Juni 2013: 11.00 bis 20.00 Uhr

Geniessen Sie die hausgemachte Gulaschsuppe oder lassen Sie sich durch die speziellen Schüblige verführen. Probieren Sie das feine Winterthurer Euelbräu-Bier oder einen Wein aus der Region. In der gemütlichen Festbeiz bietet sich die Gelegenheit für einen Jass oder ein Gespräch mit einem Politiker.

Winterthur Stadt und Bezirk

Sonntag, 7. April 2013, 10.30–16.00 Uhr, bei Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, Winterthur-Hegi (vis-à-vis Media Markt), Jazz-Matinée mit der Togg Seven Jazzband. Eintritt frei. Festwirtschaft.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich

Samstag, 27. April 2013, 9.00–12.00

Uhr, Marktplatz Oerlikon (zwischen Swissôtel und Brunnen), Standaktion mit dem Kreis 11.

Montag, 6. Mai 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.00 Uhr, Sommerhöck.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Ausstellung des Malers Konrad Flückiger (SVP), Oberembrach
Hotel Riverside, Spinnerei-Lettenstrasse, Zweidlen-Glattfelden. Dauer der Ausstellung: 1. März bis 17. Mai 2013 (www.konrad-flueckiger.ch).

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten

Sonntag, 26. Mai 2013, **1. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 23. Juni 2013, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 21. Juli 2013, **3. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung

Freitag, 19. April 2013, 19.45 Uhr (Apéro 19.15 Uhr), Trichtenhausermühle, Trichtenhauserstrasse 60, Zollikerberg.

Höcks

Dienstag, 14. Mai 2013, 19.30 Uhr, **1. Höck.** Restaurant Kreuz, Bergstrasse 161, Horgenberg.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:

Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:

Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:

print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:

Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinsetate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8 % Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:

Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Donnerstag, 13. Juni 2013, 19.30 Uhr, **2. Höck**, Restaurant Riverside, Glattfelden/Zweidlen.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.30 Uhr, **3. Höck**, Gibswiler-Stube, Tösstalstrasse 466, Gibswil.



Einladung

zum

Frühlingsbeginn mit der SVP

Die Veranstaltung findet auf dem Betriebsareal (Treibhaus) der **Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, 8409 Winterthur-Hegi** statt. (Vis-à-vis Media Markt)

am Sonntag, 7. April 2013, 10.30 Uhr–16.00 Uhr

Jazzmatinée

Es spielen für Sie von 11.00 bis 15.00 Uhr

TOGG SEVEN JAZZBAND

Eintritt frei / Festwirtschaft

Es freuen sich

SVP Winterthur und SVP Bezirk

Christian Achermann

www.christianachermannag.ch

Vorankündigung
Alt-Räte-Treffen 2013

Das traditionelle Treffen findet dieses Jahr am Dienstag, 14. Mai 2013 im Bezirk Bülach statt.

Die ehemaligen Rätinnen und Räte erhalten rechtzeitig eine persönliche Einladung samt Anmeldetalon zugeschickt.